Berufsverband
Bildender Künstlerinnen und Künstler
Nürnberg Mittelfranken e.V.

Statement vom Vorstand des BBK Nürnberg Mittelfranken e.V., 9.11.2026

Sehr geehrte Damen und Herren des Nürnberger Stadtrats,

der Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Nürnberg Mittelfranken (BBK) feiert im Jahr 2027 sein 80-jähriges Bestehen. Acht Jahrzehnte engagierte Interessenvertretung, künstlerische Arbeit und kulturelle Mitgestaltung einer Stadtgesellschaft – eine Tradition, die Nürnberg durchaus als Teil seiner kulturellen Identität begreifen sollte.

Wenn es nach den derzeit angekündigten Etatkürzungen geht, wird es unseren Verband im Jahr 2030 zwar hoffentlich noch immer geben, die bisherige finanzielle Unterstützung durch die Stadt Nürnberg allerdings nicht mehr. Der städtische Zuschuss, der derzeit bei rund 20 Euro pro Mitglied für etwa 250 Kunstschaffende liegt, soll offenbar vollständig entfallen. Eine Summe, die im Gesamthaushalt der Stadt kaum ins Gewicht fällt, für einen Berufsverband jedoch ein wichtiges Zeichen institutioneller Anerkennung und Unterstützung darstellt.

Dass die Wertschätzung der Stadt gegenüber diesem traditionsreichen Verband bereits in der Gegenwart eher zurückhaltend ausfällt, ist bedauerlich. Denn auch der BBK trägt wesentlich zur kulturellen Vielfalt, zur künstlerischen Sichtbarkeit und damit zum Erscheinungsbild Nürnbergs bei. Eine lebendige Stadt definiert sich schließlich nicht allein über ihre Architektur, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder touristische Attraktionen, sondern ebenso über die Menschen, die sie kulturell gestalten, hinterfragen und weiterentwickeln.

Dabei wird allzu häufig übersehen, unter welchen Bedingungen Bildende Künstlerinnen und Künstler arbeiten. Das romantisierende Bild eines freien, selbstbestimmten Künstlerlebens hat mit der wirtschaftlichen Realität vieler Kunstschaffender wenig zu tun. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind vielfach prekär: Neben- und Minijobs, befristete Beschäftigungsverhältnisse und unsichere Einkommensverhältnisse bilden für viele die Grundlage, um ihre eigentliche künstlerische Arbeit überhaupt ausüben zu können. Jahressonderzahlungen, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld und eine verlässliche Altersvorsorge sind für einen Großteil der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler keine Selbstverständlichkeit, sondern weitgehend unerreichbare Privilegien.

Kunst und Kultur werden politisch gerne dann hervorgehoben, wenn sie sich als repräsentatives Aushängeschild eignen, Besucherströme versprechen oder zur positiven Außendarstellung einer Stadt beitragen. Doch Kulturpolitik darf sich nicht auf die Förderung erfolgversprechender Leuchtturmprojekte beschränken. Sie muss gerade auch jene Strukturen erhalten, die kulturelle Vielfalt überhaupt erst ermöglichen: die freien Szenen, die Berufsverbände, die unabhängigen Initiativen und die zahlreichen Künstlerinnen und Künstler, die abseits großer Institutionen das kulturelle Leben dieser Stadt tragen.

Mit großer Sorge betrachten wir deshalb nicht nur die angekündigten Kürzungen, sondern auch die zunehmende strukturelle Abwertung des Kulturressorts. Die Herabstufung eines eigenständigen Kulturreferats zu einem zusätzlichen Aufgabenbereich des Oberbürgermeisters vermittelt den Eindruck, Kulturpolitik sei eine nachrangige Angelegenheit, die sich neben vermeintlich wichtigeren kommunalen Sachthemen erledigen lasse.

Das ist ein kulturpolitisch folgenreicher Irrtum.

Ein professionell geführtes, eigenständiges Kulturreferat ist keine verwaltungstechnische Nebensache. Es ist Ausdruck des Stellenwerts, den eine Stadt ihrer kulturellen Entwicklung beimisst. Es schafft Verbindlichkeit, fachliche Kompetenz, politische Sichtbarkeit und eine institutionelle Anlaufstelle für die Kulturschaffenden. Kultur braucht eine starke Stimme innerhalb der Stadtverwaltung und darf nicht zum Anhängsel anderer Ressorts werden.

Nürnberg ist die zweitgrößte Stadt Bayerns. Eine Stadt dieser Größenordnung und historischen Bedeutung muss sich eine vielfältige, lebendige und zukunftsfähige Kulturlandschaft leisten wollen. Dabei geht es keineswegs um einen verzichtbaren Luxus, sondern um einen wesentlichen Bestandteil urbaner Lebensqualität, gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischer Auseinandersetzung.

Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn die kulturelle Entwicklung, für die Nürnberg in den vergangenen Jahren viel Anerkennung und Aufmerksamkeit erfahren hat, nun ausgerechnet durch kurzfristige Sparmaßnahmen gefährdet würde. Der über Jahre erarbeitete kulturelle Stellenwert dieser Stadt ist kein selbstverständlicher Besitzstand. Er beruht auf kontinuierlicher Arbeit, verlässlichen Strukturen und dem Engagement zahlreicher Menschen. Was über Jahrzehnte gewachsen ist, kann durch wenige politische Entscheidungen nachhaltig beschädigt werden. Der Wiederaufbau solcher Strukturen wäre ungleich schwieriger und kostspieliger als ihr Erhalt.

Berufsverband
Bildender Künstlerinnen und Künstler
Nürnberg Mittelfranken e.V.

Nicht ohne Grund heißt es in der Bayerischen Verfassung, Artikel 140 Absatz 2: „Bayern ist ein Kulturstaat." Dieser Anspruch sollte sich nicht allein in repräsentativen Bekenntnissen erschöpfen, sondern gerade auch im konkreten kommunalpolitischen Handeln widerspiegeln.

Noch vor wenigen Jahren bewarb sich Nürnberg um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025". Auch heute wirbt die Europäische Metropolregion Nürnberg mit dem selbstbewussten Slogan „Kommen. Staunen. Bleiben." Solche Ansprüche und Botschaften stehen in einem deutlichen Widerspruch zu einer Haushaltspolitik, die ausgerechnet jene kulturellen Strukturen zur Disposition stellt, die eine Stadt unverwechselbar, anziehend und lebenswert machen.

Die drohende Ausdünnung der Kunst- und Kulturlandschaft hätte Folgen, die weit über die unmittelbar betroffenen Einrichtungen und Verbände hinausreichen. Sie würde die kulturelle Vielfalt einschränken, künstlerische Entwicklungsmöglichkeiten beschneiden und die Attraktivität Nürnbergs als Kulturstandort langfristig schwächen. Ein solcher Substanzverlust wäre nicht kurzfristig zu beheben und würde auch die überregionale Wahrnehmung der Stadt nachhaltig beeinträchtigen.

Besonders irritierend ist in diesem Zusammenhang, dass bereits im Jahr 2022 die Schließung der Kunsthalle Nürnberg als mögliche Sparmaßnahme im Raum stand. Die Kunsthalle ist nach ihrer aufwendigen Sanierung eine zentrale städtische Ausstellungsinstitution für zeitgenössische Kunst. Ihre Bedeutung für die Präsentation und Vermittlung aktueller künstlerischer Positionen ist kaum zu überschätzen. Dass ihre Schließung überhaupt wiederholt als finanzpolitische Option betrachtet wird, ist ein alarmierendes Signal. Der damalige Protest mag möglicherweise nicht deutlich genug ausgefallen sein. An der grundsätzlichen Problematik hat sich jedoch nichts geändert. Auch 2026 ist eine solche Perspektive nicht hinnehmbar.

Wir appellieren daher mit Nachdruck an Sie: Überprüfen Sie die vorgesehenen Streichungen und Kürzungen im Kulturbereich. Suchen Sie den unmittelbaren Austausch mit den Kulturschaffenden und den Institutionen, deren Arbeit von diesen Entscheidungen betroffen wäre. Beziehen Sie deren Expertise in Ihre Überlegungen ein, bevor Strukturen beschädigt oder unwiederbringlich aufgegeben werden.

Haushaltspolitische Verantwortung bedeutet nicht ausschließlich, Ausgaben zu reduzieren. Sie bedeutet ebenso, Prioritäten zu setzen, langfristige Auswirkungen abzuwägen und zu erkennen, welche gesellschaftlichen und kulturellen Werte geschützt werden müssen.

Wir erwarten von einer Stadt wie Nürnberg, dass sie sich zu ihrer kulturellen Verantwortung bekennt – nicht nur in Sonntagsreden, bei Festveranstaltungen und im Rahmen internationaler Repräsentation, sondern gerade dann, wenn finanzpolitische Entscheidungen unbequem werden.

Kultur ist kein dekorativer Zusatz zum Stadtleben und kein beliebig kürzbarer Haushaltsposten. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Identität, der Zukunftsfähigkeit und der gesellschaftlichen Substanz Nürnbergs.

Bitte unterschätzen Sie nicht die Tragweite Ihrer Entscheidungen. Was Sie heute aus finanziellen Erwägungen streichen, könnte morgen als unwiederbringlicher Verlust für diese Stadt sichtbar werden.

Mit freundlichen Grüßen
Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Nürnberg Mittelfranken e.V. (BBK)

Bernd Telle, Mitglied des Vorstands

Nürnberg, 9. November 2026

Für eine transparente, fachlich fundierte und unabhängige Kulturpolitik in Nürnberg.